

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badische Presse. 1890-1944 1919**

120 (12.3.1919) Abendausgabe



# Badische Presse.

General-Anzeiger für Karlsruhe und das badische Land.

Unabhängige und am meisten gelesene Tageszeitung in Karlsruhe. Weitens größte Bezieherzahl von allen in Karlsruhe erscheinenden Zeitungen.

Clasium und Verlag von Ferd. Hiergarten. Chefredakteur: Albert Bergau. Verantwortlich für admt. Botik und Redaktion: Anton Strohbach, bad. Postamt, Postfach 10. Zeit: H. Febr. v. Gedendort, bad. Chronik u. Sport: A. Wöhrner, für den Anzeigenteil: A. Münterbach, Admt. in Karlsruhe i. B. Berliner Verlagsanstalt: Berlin W. 10.

Anzeigen. Die Gachelt, Grundstelle 30 Flg. Die Anzeigenliste 1. M. Adressen an 1. Stelle 1.25 Mark die Zeile, außerdem 30% Teuerungszufschlag. Für Blattpost und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Bei Wiederholungen tariflicher Rabatt, der bei Nichtentgeltung des Zieles, bei geroll. Belegungen u. Konturen außer Kraft tritt.

**Bezugs-Preise:**  
Ausg. A ohne „Mittw. Beilage“  
Ausg. B mit „Mittw. Beilage“  
In Karlsruhe: monatlich  
Im Verlage abnehmt 1.22 1.42  
in d. Abwechslung 1.35 1.55  
ret. ins Haus ge-  
liefert 1.35 1.55  
Auswärts: bei Ab-  
nahme a. Postfach 1.22 1.43  
durch d. Briefträger  
inkl. 1 mal ins Haus 1.46 1.67  
Einzel-Nummer 10 Pf.  
Geschäftsstelle:  
Rietel- und Lammstr.-Ecke, nächst  
Kaiserstraße und Marktplatz.  
Postfach-Numm.: Karlsruhe Nr. 8359.

Nr. 120. Telefon: Geschäftsstelle Nr. 86. Karlsruhe, Mittwoch den 12. März 1919. Telefon: Redaktion Nr. 809. 35. Jahrgang.

## Die Revision des Gotthardvertrages.

(Schweizer Brief.)

Von unserem Korrespondenten.  
Bern, 11. März. Seit seinem Inkrafttreten im Jahre 1909 ist das neue Gotthardbahnabkommen zwischen Deutschland, Italien und der Schweiz, das die Verträge von 1869 und 1873 ablöst, in der Schweiz auf das heftigste bekämpft worden. Man empfindet es in weiten Schichten der Bevölkerung als eine drückende Fessel, als eine Verengung der wirtschaftlichen Freiheit und Entwicklung des Landes. Ein Hauptteil der schweizerischen Mißbilligung gegen Deutschland in den letzten Jahren konnte der Gotthardbahnfrage zugeschrieben werden. Sie war aber auch für das politische Leben der Schweiz von nachhaltigen Folgen, indem sie zwei Parteien schuf, die sich lebensfähig bekämpften. Der Gegensatz zwischen Deutsch- und Schwyzern ist nicht zuletzt durch den Gotthardvertrag verschärft worden.

Es überrascht deshalb den mit diesen Verhältnissen Vertrauten durchaus nicht, wenn man jetzt in der Schweiz den Zeitpunkt für einen Neuanfang des Gotthardvertrages anzusehen. Sie war sogar ein Gegenstand der letzten Verhandlungen der Bundesversammlung. Der Baslerbieter Abgeordnete Dind beachte mit einigen Freunden eine Interpellation im schweizerischen Ständerat ein, die dem Bundesrat die Initiative zur Erzielung einer Revision des unglücklichen Vertrages nachdrücklich empfahl. Er begründete die Interpellation folgendermaßen: Die öffentliche Meinung des Landes, vornehmlich aber der weissen Schweiz, lehne in dem heute geltenden Vertrag eine wirtschaftliche Einschränkung, die auch die politische Unabhängigkeit und Freiheit der Schweiz berühre. Für die kleinen Staaten sei es eine Grundfrage, ihr Recht auf Existenz und Verabreichung von wirtschaftlicher Arbeit zu erhalten. Deshalb habe es sich für die Schweiz heute darum, wenigstens die drückendsten wirtschaftlichen Teile durch Revision des Vertrages zu erleichtern. Der Sprecher der Regierung, Bundesrat Saab, der als ehemaliger Direktor der Schweizerischen Bundesbahnen über die genaueste Sachkenntnis verfügt, mußte die Interpellation angesichts der heutigen Verhältnisse für berechtigt erklären. Doch müsse sich die oberste schweizerische Behörde bei der Darlegung ihrer politischen und wirtschaftlichen Ziele eine große Reserve aufweisen. Es gehe nicht an, solche Fragen durch einseitige Aufhebung der Verträge zu lösen. Er glaube aber verlohren zu können, daß die übrigen Kontrahenten des Vertrages, Deutschland und Italien, gemäß der heutigen Weltlage die Hand zu einer Revision nicht würden. Diese werde auch durch Punkt 3 des Wilsonprogramms vorbereitet. Des weiteren erfuh man vom Bundesrat Saab, daß das Eisenbahnministerium bereits Anfang 1918 in einem Memorandum an den Bundesrat sich mit der Angelegenheit beschäftigt und erst kürzlich eine eingehende Interpellation an die schweizerischen Vertretungen im Ausland erlassen hat. Auf alle Fälle werde der Bundesrat der Gotthardfrage die allergrößte Aufmerksamkeit und werde zu geeigneter Zeit die erforderlichen Schritte ergreifen, um die Angelegenheit zu einem guten Ende zu führen.

Diese Versicherung hat auf die schweizerische Öffentlichkeit bestechend gewirkt. Doch wird der Bundesrat von der Presse einseitig ermahnt, seine Forderungen mit allem Hochdruck vorzubringen. Im Jahre 1920 soll der neue Tarifvertrag der Gotthardbahn in Kraft treten. Er sieht eine wesentliche Herabsetzung der sogenannten Vergütungen vor, die schon nach dem Abkommen von 1908 um 35 Prozent erniedrigt werden mußten. Eine weitere Herabsetzung der Tarife hält man in der Schweiz angesichts der wesentlich höheren Inlandpreise, der höheren Löhne, der Verteuerung des rollenden Materials und familiärer übertragener Betriebskosten für durchaus unmöglich. Um so mehr als der Vertrag nicht nur keinen wirtschaftlichen Vorteil, sondern eine erhebliche Ausgabenbelastung gebracht hat. Als besonders bedrückend empfunden man ferner die Mietbeschränkungsklausel und die Maximaltarife. Sie haben dem Lande außer der wirtschaftlichen auch eine politische Abhängigkeit gebracht. Die Gotthardbahn ist somit nicht zu Unrecht auf dem Wunschsetzler, den Bundespräsident Ador bei einem Besuch in Paris vorgebracht hat. Sie wird jedenfalls mit ein Gegenstand der Friedenskonferenz werden. Selbstverständlich soll die Lösung im engsten Einvernehmen mit der deutschen Regierung erstrebt werden, von der man eine entgegenkommende Rücksichtnahme auf die kritische Finanzlage der Schweiz erwartet.

## Zur Lage in Berlin.

Berlin, 12. März. Der Rücktritt gegen die Regierungstruppen scheint von den Spartakisten regelrecht organisiert zu sein. Wie beständig diese Leute vorgehen, beweist eine Anzahl von Vorgängen in der Reichshauptstadt. Dort wurde am Montag nachmittag ein Regimentskommando von einer Menschenmenge schwer mißhandelt und schließlich durch einen Kopfschuß aus seinem eignen Gewehr getötet. Einige Jänner weiter wurde ebenfalls ein Regimentskommando von einer solchen Menge umringt; als der Überfall sich nicht zu helfen zeigte, suchte er sich zu entziehen. Er brachte sich einen Schuß in die Schenkel bei, der ihn der Schwerkraft überantwortete. Nun wurde er von den Angreifern mißhandelt, und es wurde ihm ein weiterer Schuß in den Unterleib beigebracht. Der Schwerverletzte wurde nach der Unfallstation gebracht und ist dort gestorben.

Als ein Sergeant ein Geschäft in der Kaiserstraße betrat, um dort etwas zu kaufen, fielen zwei Männer über ihn her und schnitten ihm die Kehle durch. Es gelang andern Regierungssoldaten, die Mörder zu ergreifen; im Polizeipräsidium wurden diese von den erdrosselten Soldaten standrechtlich erschossen. Dem gleichen Schicksal verfiel ein Chausseur, der mit andern drei junge Regierungssoldaten erschossen hatte.

Es ist wiederholt vorgekommen, daß einzelne Soldaten der Regierung, die sich zu weit vorgewagt, von dem durch Spartakisten verübten „Volk“ ergriffen und aufs schmerzliche mißhandelt, bis sie erschlagen worden sind. Die Menge fällt, sobald sie einzelne Soldaten erwischt, über sie her, bearbeitet sie mit Fäusten und Fußtritten, verschleppt sie nach irgendeinem Winkel, um sie schließlich halb oder ganz tot liegen zu lassen. So wurde ein Soldat der Garde-Schützen-Division, der den Anschluß an seine Truppe verloren hatte, durch die Wettemeierstraße bis nach dem Rothenhäler Tor gejagt, wo er erschöpft zusammenbrach. Hier wurde er dann furchterlich mißhandelt. Die Menge verlangte sogar, daß man ihn an einem Baum aufknüpfte. Schließlich zog ein Matrose den Revolver und ermordete den Soldaten durch einen Schuß in den Kopf.

Aus dem Stadtgefängnis, in das Matrosen vorübergehend eingekerkert waren, sind nicht weniger als 200 Gefangene befreit worden, darunter Schwerverbrecher, die zu 10 und mehr Jahren Zuchthaus verurteilt worden waren.

WTB. Berlin, 12. März. Bei Durchsuchungen in den besetzten Stadtteilen wurden Gefangene gemacht. Vier Spartakisten, die bewaffneten Widerstand leisteten, wurden festgenommen und standrechtlich erschossen. Bei Aushebung eines Spartakistenwesens in der Gegend östlich des Alexanderplatzes wurden 20 Polen gefangen genommen.

Hausungen in der Gatten- und Beusselstraße förderten große Wassermengenutage. Die Nacht ist ruhig verlaufen. Es fanden keine bemerkenswerte Ereignisse statt.

Wiedereröffnung der Berliner Börse. WTW. Berlin, 12. März. Der Börsevorstand beabsichtigt, am Donnerstag, den 13. ds. Mis., die Börse wieder zu eröffnen und wird darüber morgen früh endgültig Beschluß fassen.

Die Kämpfe um Liebenberg. D. Berlin, 12. März. (Fein.) Heute früh hat der planmäßige Angriff gegen Liebenberg und der Einmarsch der Regimenter in die Stadt begonnen. Die Aktion wird unter der Leitung des Generals von Bülow von dem Korps Hülsen und Abteilungen der Garde-Kavallerie ausgeführt.

Die Kämpfe nehmen von Viertelstunden an Heftigkeit zu. Man hat unzähligen Geschützdonner und prasselndes Maschinengewehrfeuer. Die Spartakisten klammern sich an die Barrikaden und wägen die schweren Mienen, die sie gegen die Angreifer abspiegeln.

## Die sonstigen Geschehnisse im Reich.

Spartakistenpläne in Breslau vereitelt. WTW. Breslau, 12. März. Der Volkstrot gibt bekannt, daß heute früh die wichtigsten öffentlichen Gebäude Bres aus durch schlesische Truppenteile auf Befehl des Generalkommandos im Einvernehmen mit dem Zentralrat und dem Zentralvolkswach für geschlossen bestanden. Man hatte einen verbrecherischen Anschlag entdeckt, wonach berüchtigte Berliner Spartakistenführer in Breslau eintreffen und dort die öffentlichen Gebäude besetzen wollten, um dann Breslau der Münchener preiszugeben. Der Plan war in allen Einzelheiten durchdacht. Durch seine Aufdeckung konnte im letzten Augenblick ein absehbares Unglück von Breslau abgewendet werden.

Zur Streiklage in Oberschlesien. WTW. Bresten, 12. März. Die Streiklage ist unverändert. 35 Gruben sind ausständig. Gestern nachmittag wurden östlich Domsbrwols auf dem hiesigen Boden zwei Mann einer Patrouille von den Polen erschossen. Auf der Straße bei Scheppenitz wurden bewaffnete Spartakisten mit der Patrouille zusammen. Die Spartakisten verloren zwei Matrosen. Bei der Säuberung der Laurusstraße wurden drei Männer, eine Frau und ein Kind getötet. Bei Aufhebung eines Spartakistenwesens zwischen Wittenberg und den Vorflüssen kam es zu einem Gefecht, wobei die Spartakisten einen Toten und mehrere Verwundete hatten.

WTW. Hindenburg, 12. März. Hier tagte gestern abend eine staatsbesetzte Versammlung der Arbeiterausschüsse und Vertrauensleute der ober-schlesischen Gruben. Der frühere Volksbeauftragte Barth aus Berlin ersuchte die Anwesenden, den Streik abzubrechen. Es wurde, wie der Oberschlesische Arbeitermelde, beschlossen, am Donnerstag beim Freitag früh geschlossen die Arbeit wieder aufzunehmen.

Zum Streit in Sachsen. WTW. Zwickau, 12. März. Die Belegschaften der Zwickauer Stein- und Zementwerke sind heute früh nicht eingefahren.

Bom Streit im Ruhrgebiet. WTW. Mülheim, 12. März. Die gestrige Meldung über ein Ausbleiben der Hochtöfen bei der „Friedrich-Wilhelm-Hütte“ entspricht nicht den Tatsachen und ist folgendermaßen zu berichtigen: Die Erzfabrik der Hochtöfenabteilung wüßten eine Auszahlung der Löhne am Montag. Da dies aus verschiedenen Gründen unmöglich war, weigerten sie sich weiter zu arbeiten, sobald das Werk selbst sich genötigt sah, die Hochtöfen still zu legen. In der Nacht auf Dienstag arbeitete ein Teil der Arbeiter wieder, sobald der Betrieb gestrichen nachmittags wieder aufgenommen werden konnte. Allerdings verursachte die Stilllegung der Ofen eine längere Störung des gesamten Betriebes.

## Zwischen Waffenstillstand und Frieden.

Von den Waffenstillstandsverhandlungen. WTW. Berlin, 11. März. In der gestrigen Sitzung der Waffenstillstandskommission in Spa haben die Alliierten Anstalten über den Abtransport der deutschen Truppen aus der Türkei. Von deutscher Seite wurde darum gebeten, Schiffen aus Hamburg die Fahrt nach dem Schwarzmeergebiet zur Selbstbeförderung der in Nikolajewsk und Odessa befindlichen deutschen Truppen zu gestatten.

Ferner ersuchte die deutsche Kommission darum, Schloß Burg an der Wupper, das als englische Kaserne benutzt wird und in erster Linie ein Museum ist, für keinen ursprünglichen Zweck freizugeben. Sodann wurde um Einjahreserlaubnis für 36 000 Rito in Spanien gekaufter Wolle nach Deutschland gebeten.

Wilson wieder unapflich. r. Paris, 11. März. (Zunfpruch.) Präsident Wilson zog sich an Bord des „George Washington“ eine Erkältung zu, welche ihn nötig, keine Kabine zu hüten. Den größeren Teil des Tages verbringt der Präsident auf Anordnung seines Arztes im Bett. Durch Zunfpruch gelangten Anweisungen von Bord des Dampfers in Paris an, wonach die nächste Sitzung der Friedenskonferenz mit Präsident Wilson bereits am 14. März stattfinden soll. Die Ankunft des Dampfers wird auf den 13. in Best erwartet.

Die Friedensbedingungen und der Vorfriede. WTW. Paris, 12. März. Neuter. Trotz aller gegenseitigen Behauptungen wird von autoritativer Seite die Ansicht ausgesprochen,

daß der vorläufige Friedensvertrag frühestens Mitte April geschlossen werden kann.

Sch. Genf, 12. März. (Privatteil.) Der „Temps“ meldet: Die Weiterleitung der Friedensbedingungen an den Feind kann erst nach der Rückkehr Wilsons nach Paris erfolgen. Nach den letzten Erklärungen Wilsons im Kammerauschuss kann der Präliminarfrieden bis zum 1. April vollzogen vorliegen.

Das Ruhrprogramm Frankreichs. WTW. Bern, 11. März. In einem in Lyon über den Völkerbund gehaltenen Vortrag verlangte Briand u. a. die Grenzen von 1913 mit Einschluß des Saarbeckens, weil die wirtschaftliche Sicherheit Frankreichs notwendig seien. Die wichtigste Maß, die das Völkerbundprojekt aufwies, sei die militärische, weil Frankreich sozulange allein für das Recht Schwäche stehen müsse. Briand verlangte daher eine ganz-tafame Armee und Begrenzung der militärischen Verpflichtung der einzelnen Länder. Der Völkerbund müsse aherden Papiergeld in den Verkehr bringen, das in der ganzen Welt Kurswert habe und dem feindlichen Papiergeld gegenüber begünstigt werde.

Dugano, 11. März. Nach italienischen Meldungen stellt Frankreich für die Festsetzung der deutschen Westgrenze, über die diese Woche auf der Konferenz verhandelt wird, folgendes Programm auf: Elsass-Lothringen fällt mit den Grenzen von 1871 an Frankreich zurück und dazu der an Lothringen grenzende Teil des Saarbeckens in einer Ausdehnung von fünf- bis sechs-tausend Quadratkilometer mit rund 200 000 Einwohnern. Die Gründe, mit denen Frankreich das Saarbecken beansprucht, sind weder völkisch noch wirtschaftlich Natur; vielmehr sollen diese Gebenden mit ihren Kohlenlagern Frankreich für die zerstörten Kohlenlager Nordfrankreichs entschädigen. Einige amerikanische Delegierte fordern, daß der Kapitalwert des Saarbeckens von den französischen Entschädigungsansprüchen abgezogen werde.

Sodann verlangt Frankreich, daß auf dem linken Rheinufer von der holländischen Grenze bis Landau ein Pufferstaat mit den Städten Köln, Koblenz, Mannheim, Mainz, Worms und Trier errichtet und als zur Abtragung aller deutschen Kriegsschulden von Entente-Truppen besetzt gehalten werden solle. Abwand solle dieser Rheinlänken entschädigen, ob er sich unter den Schutz des Völkerbundes stellen oder sich an Deutschland anschließen wolle. (Krit. 3tz.)

WTW. Bern, 12. März. Nach Sporer Mätern ist von dem zuständigen Ausschuss grundsätzlich beschlossen worden, von Deutschland eine tonnenweise Konvention für die durch die A-Boote vertrieben Schiffe zu verlangen. Sollte der deutsche Seehandel bei dieser Berechnung erschöpft werden, müßte der übrige Teil von Deutschland in bar bezahlt werden. Eine Meldung aus Cherbourg teilt hierzu mit, daß der frühere deutsche Dampfer „Scharnhorst“ in den Besitz des Westaneres Maritimes übergeben worden sei.

Weitere deutsche Schiffe entführt. WTW. Dänkirchen, 12. März. Drei weitere deutsche Schiffe, „Merkur“, „Pluto“ und „Italia“, die wegen verbotenen Ausfahrens aufgebrocht wurden, sind in Dänkirchen eingetroffen.

Vor der französischen Demobilisierung. Sch. Genf, 12. März. (Privatteil.) „Journal des Debats“ schreibt: Die französischen Bahnen erhielten die Mitteilung der Heeresleitung, daß die Bahnlinsen vom 10.—30. April von der Militärbehörde in Benutzung genommen werden. Mutmaßlich handelt es sich um die Demobilisierung. Frankreich steht unmittelbar vor dem Friedensschluß.

Rohstoffe für England. WTW. London, 12. März. Amlich wird mitgeteilt, daß jetzt alle Rohstoffe ungehindert eingeführt werden dürfen.

Zur Lebensmittelversorgung Deutschlands. WTW. Amsterdam, 12. März. Die Reuter aus Paris meldet, erklärte Staatssekretär Lanjau in einer Unterredung mit Vertretern der Presse, daß so rasch wie möglich Frieden geschlossen und Schiffe mit Lebensmitteln nach Deutschland geschickt werden müssen, um die Welt vor Anarchie zu bewahren.

Sch. Rotterdam, 12. März. (Privatteil.) Die „Times“ meldet aus Paris: Die neue Forderung der Alliierten an Deutschland auf Auslieferung der Handelsflotte für die Lebensmittelversorgung wird eine bestirfte sein. Die Alliierten können Deutschland diesmal eine Frist von nur fünf Tagen zugestehen.

Wie England in China vorging. WTW. Berlin, 11. März. Die „Deutsche Allg. Ztg.“ veröffentlicht einen Artikel der „Times“, in dem festgestellt wird, daß seit 2 Jahren England China bedrängt hat, sich die feindlichen Untertanen vom Hals zu schaffen. Jetzt endlich habe man Erfolg und es würden 2 Toppentensdampfer ausgerüstet, auf denen 500 und 700 Frauen und Kinder befördert werden könnten. Die Art des Transportes, besonders die Trennung der Frauen und Kinder von den Männern, könne zwar stark kritisiert werden, sei aber unvermeidlich, wenn man die vorteilhaften Verhandlungsergebnisse nicht verdrängen und Englands Prestige im fernem Osten aufrecht erhalten wolle.

Die „Deutsche Allg. Ztg.“ bemerkt dazu: „Trägt es zu Englands Prestige bei, wenn es keine Rache gegen das deutsche Volk an deutschen Frauen und Kindern bestrebt?“

Vom internationalen Völkerbundkongress. WTW. Bern, 12. März. In der heutigen Sitzung des internationalen Völkerbundkongresses wurde eine Entschädigung angenommen betr. die ungeklärte Freilassung aller in den Händen feindlicher Mächte befindlichen Kriegsgefangenen, ferner wurde eine Entschädigung über die internationale Arbeiterangelegenheiten angenommen. Ein Zusatzantrag bestimmt, daß die Frauen für gleiche Arbeit wie die Männer gleiche Löhne erhalten sollten.

Ein weiterer Zusatzantrag verlangt Berücksichtigung der Arbeiter- und Soldatenräte und wird von Bernlein-Deutschland unter-



Küht. Die von Dr. Erich-Schweiz eingebrachte Entschliessung über die Kolonialfragen, die er mit dem Bemerkten einbrachte, daß für alle Völker das Recht für die Kolonien gelten müsse, gelangte einstimmig zur Annahme. Die Entschliessung verlangt ein besonderes Amt für die internationale Ueberwachung der Verwaltung aller Kolonien, die keine Selbstverwaltung besitzen.

Zur Lage im Osten.

Das bedrohte Lemberg.

WTS. London, 10. März. Neuter läßt sich aus Posen melden: Paderewski kam nach Posen, um mit der alliierten Mission und dem Nationalrat in Posen über Lemberg zu beraten, dessen Einnahme durch die ukrainischen Truppen droht. Die einzige Möglichkeit, die Stadt zu retten, bestche in der Entsendung der Truppen aus Posen und von der deutschen Front. Letzteres erscheine bedenklich, da die Deutschen täglich die Kämpfe fortsetzen.

Aus dem neuen Rußland.

Denin gegen Trozki?

WTS. Paris, 11. März. Havas, "Petit Journal" meldet, daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen Denin und Trozki sich so verschärft haben, daß ein unmittelbarer Bruch bevorstehe. Litauen und Weißrußland, die eine friedliche Lösung der strittigen Fragen vorschlagen, wären nicht soweit vorgedrückt, wenn sie sich nicht der Hilfe Denins versichert hätten.

Deutsch-Oesterreich.

Sieg des tschechischen Unregionalismus?

Wien, 11. März. "Narodni Wily" meldet aus Paris: Alle Hauptgrenzfragen sind prinzipiell zu Gunsten der Tschechen entschieden worden. Die Frage der Abtrennung des deutschen Gebiets besteht für unsere Verbündeten nicht. Die Grenzen der Slowakei sind für uns vorteilhafter ausgefallen, als sie durch die Demarkationslinie bezeichnet werden. Die Tschechen Frage ist von untergeordneter Bedeutung; das Gebiet von Teschen, wenn auch derzeit geräumt, ist und bleibt unser. (Zit. Ztg.)

Badische Chronik.

a. Weinheim, 12. März. Die Gendarmen hat eine lebensfähige Vieheschande verhaftet, die in der letzten Zeit aus den hiesigen Leberfabriken mehrere hundert Leberchen im Wert von gegen 10 000 M. gestohlen hatten. Ferner wurden drei weitere Personen verhaftet, die aus einem Eisenbahnwagen für 3000 M. Tabak stahlen. — Der vierte Teilnehmer an dem Raubüberfall in Rühl-Rimbach, der Fritz Wom ist jetzt ebenfalls verhaftet worden.

11. Diersweiler (s. Wlthl), 12. März. Infolge Ueberfahrens des Signals blieb ein Güterzug auf einem Freilad auf. Die Maschine führte die Waggons hinab, die beiden folgenden Wagen wurden zertrümmert. Das Personal konnte sich durch Wipplagen retten, jedoch niemand zu Schaden kam.

12. März. Am Montag abend mußte hier ein amerikanisches Flugzeug mit zwei Piloten eine Notlandung vornehmen, weil das Benzin ausgegangen war. Die Piloten kamen von Koblenz und wollten nach Nancy, hatten aber die Orientierung verloren.

12. März. Hier fand letzter Tage eine Bauernvereinsversammlung statt, in der die Vorstände des ganzen Bezirks vertreten waren und an der vom Hauptverein der Direktor Dr. Wegener teilnahm. Nach längeren Erörterungen über die Ernährungsfrage wurde einstimmig eine Entschliessung gefaßt, in der die Bauernvereinsvorstände die Bereitwilligkeit des Bauernstandes im Bezirk ausprechen, alle entbehrlichen Lebensmittel an die amtlichen Stellen abzuliefern, damit nicht dem Bauernstand an einer etwaigen Hungersnot eine Schuld belagert werden könne.

Französische Maßnahmen im besetzten Hanauerland

Freiburg, 12. März. Die in den ersten Tagen der Besetzung des Hanauerlandes vielfach ausgesprochene Bemerkung, daß das Hanauergebiet nur zur Sehung der Verpflegung der Elässer dienen soll, ist zur Tatsache geworden. Wie der "Freib. Ztg." geschrieben wird, kaufen die Franzosen im besetzten Hanauergebiet zusammen, was sie nur aufreiben können. Die Stadt Rehl ist deshalb kaum mehr in der Lage ihren Bürgern etwas Butter abzugeben; auch die Milchversorgung Rehls kommt in ein kritisches Stadium, da Rehl laut Befehl der Besatzungsbehörde jeden Tag 1000 Liter Milch an die Stadt Straßburg abliefern muß. Die Franzosen machen jetzt auch kein Hehl mehr daraus, daß die Besetzung Rehls für sie von vornherein eine wirtschaftliche Frage gewesen ist.

Die Franzosen lassen auch keine Gelegenheit vorbegehen, den Hanauern zu Gemüte zu führen, daß sie nicht mehr beabsichtigen,

Ein deutscher Flugzeugpark an die Bolschewisten verkauft.

Berlin, 13. März. Ein Aufsehen erregender Prozeß wird in kurzer Zeit das Berliner Kriegsgericht beschäftigen. Unter der Anklage, im November vorigen Jahres den gesamten Flugzeugpark Wilna, der einen Wert von annähernd 10 Millionen Mark hatte, für 2 Millionen Mark an die Bolschewisten verkauft zu haben, steht der Fliegerleutnant Borten, übrigens der Bruder der bekannten Filmchauffierin Henny Borten, der vor einigen Tagen in das Untersuchungsgefängnis in Berlin eingeliefert worden ist. Ueber die abenteuerlichen Sühelungen Bortens erzählt das "Berl. Tagbl." folgendes: Fliegerleutnant Borten war während des Krieges der Fliegerführer in Wilna zugeteilt worden. Als die Revolution ausbrach und vielfach eine Verdröberung der deutschen Soldaten mit den Bolschewisten erfolgte, setzte sich Borten mit dem russischen Bolschewistenrat in Wilna in Verbindung und bot diesen das ganze deutsche Fliegerlager zum Verkauf an. Die Fliegerführer, die in der Nähe von Wilna lag, besaß etwa 30 Schul- und Jagdflugzeuge, hatte ein außerordentlich reiches Lager von Flugzeugersatzteilen, Wappanstoffen, Motoren, Motorersatzteilen, zwei ausgebaute Werkstätten und einen Kraftwagenpark. Dieses ganze Lager, das auf zehn Millionen Mark geschätzt wird, verkaufte Borten tatsächlich für zwei Millionen Mark. Zur Bedingung machte er, daß ihm die Summe in deutschen Banknoten ausgezahlt wurde.

In seinem Kraftwagen begab sich Borten dann nach Romno, wo er sich vierzehn Tage aufhielt. Der Verkauf des Flugzeugparkes war in dessen zur Kenntnis der Kommandantur in Romno gekommen, und so wurde der Fliegeroffizier auf Veranlassung des Komwoer Stadtkommandanten verhaftet und in das dortige Gefängnis gebracht. Mit Hilfe einer namhaften Summe bestach Borten die Gefängniswärter und schlich sich mit diesen zusammen nach Königsberg in Preußen, wo er sich im Dezember d. J. mit dem dortigen A. und S.-Mat in Verbindung setzte. Borten wollte nun die ganze Angelegenheit vertuschen und fägte den kühnen Plan, die Kommandantur in Romno, die die notwendigen Unterlagen über den von ihm verübten widerrechtlichen Verkauf des Flugzeugparkes besaß, zu verschaffen und die Kommandanturmitglieder dadurch unschädlich zu machen, daß er sie den Bolschewisten übergab. Zu diesem Zweck setzte er sich mit Bolschewistenführern in Verbindung, mit denen er in Königsberg zusammentraf und die er reichlich entschädigen wollte. Der Plan kam jedoch durch einen Offizier, der Zeuge dieser Unterredungen mit den Bolschewisten war, zur Kenntnis der Behörden in

dieses prachtvolle, reiche Gebiet wieder freiwillig herauszugeben. In Alzenheim verdrängen die Franzosen eine Kundmachung monach das Hanauergebiet seit 1. März offiziell zu Frankreich gehöre. Die Bürger werden aufgefordert, die französischen Kurie recht fleißig zu besuchen. Jeder muß aber auch gesagt werden, daß die Franzosen täglich von Denunzianten anonyme Anzeigen erhalten, durch die schon viel Unglück über hiesige Familien gebracht worden ist. Aufgrund solcher Anzeigen wurde letzter Tage der Kommandant der Reiter Gendarmen, Götter, verhaftet, der Prokurist Herrmann bei der Bierbrauerei Joch & Co., sowie der Prokurist Werning bei der Bank für Handel und Industrie wurden ausgewiesen. Andere denunzierte Personen wurden mit Gefängnis bestraft.

Die Obst- und Gemüseversorgung in Baden.

Karlsruhe, 12. März. Die Badische Obstversorgung hatte zu heute vormittag eine Versammlung in den Sitzungssaal der I. bad. Kammer einberufen, der von Seiten der Regierung die Herren Minister Franz, Geh. Rat Schneider und Geh. Rat Cron anwohnten; ferner waren anwesend Vertreter der Landwirtschaftskammer, der Verbraucherkammer, der Hausfrauen-Vereinigungen von Karlsruhe, Heidelberg und Mannheim, des Landespreissamts, des landwirtschaftl. Genossenschaftsverbandes, des Städteinhalts Mannheim, des Bad. Bauernvereins, der Großhändlervereinigungen und der Gartenbauvereine sowie zahlreiche Bürgermeister des Landes.

Der Vorsitzende Geh. Oberregierungsrat Cron gab zunächst einen Überblick auf das vergangene Wirtschaftsjahr und betonte dabei, daß es trotz der großen Mühe, die sich die Geschäftsstelle der Badischen Obstversorgung gegeben habe, nicht möglich gewesen sei, das allgemeine Publikum in zufriedenstellender Weise zu versorgen. Die Gesamtmenge des von der öffentlichen Bewirtschaftung erfassten Obstes habe 20 844 Tonnen betragen, die geschaffene Menge aber sicher noch viel mehr. In die Marmeladefabriken mußten 60 % der gesamten erfassten Menge abgegeben werden. Die Lieferung von Marmelade blieb bis jetzt über 62 000 Tonnen hinter der Oblieferung zurück.

Was soll im laufenden Jahre geschehen?

Der Vorsitzende, Geh. Rat Cron, sprach von der öffentlichen Bewirtschaftung zum wenigsten des Frühobstes in diesem Jahre ganz absehen. Da es nicht ausgeschlossen sei, daß die Reichsstelle für Obst und Gemüse auch in diesem Jahre einen Teil des Obstes für die Marmeladefabrikation in Anspruch nehmen wird, so könne heute bezüglich des Spätobstes noch keine endgültige Entscheidung getroffen werden. Soweit irgend anmöglich, solle aber auch beim Spätobst von der öffentlichen Bewirtschaftung abgesehen werden. Insofern es gelang, die Grenzen im wesentlichen geschloffen zu halten, könne man infolge der Konkurrenz, die zwischen den einzelnen Inlandshändlern herrschen wird, auf eine geordnete Preisregelung hoffen. Von einer absoluten Sperre der Landesgrenzen könne allerdings keine Rede sein, weil dieselbe sofort Repressalien von der anderen Seite zur Folge haben würde. Man werde gewisse Mengen Obst aus Baden hinausführen müssen, die Ausfuhr aber von der Erteilung von Ausfuhrerlauben abhängig machen und es werde zu erwarten, daß die Reichsstelle für Obst und Gemüse für eine derartige Regelung zu haben sein werde. Die Geschäftsstelle der Badischen Obstversorgung werde künftighin in erster Linie dem Großhandel dienen.

In der sich anschließenden Diskussion

trat Direktor Müller (Bad. Landwirtschaftskammer) für ein Staatsmonopol in Bezug auf die Ausfuhr von Obst ein.

Geh. Rat Dr. Schneider betonte die Gefahr der Freigabe des Obstes in Hinblick auf die Preise. Es werde zweifellos eine derartige Preissteigerung und auch sonstige Mißstände geben, daß das Publikum, das bei Nichtfreigabe an der Regierung schwerer Kritik über würdig, für die Spätobsternte von selbst wieder öffentliche Bewirtschaftung wünschen werde. Er schloß vor, von dem Frühobst die Kirchen und Frühwieschen der öffentlichen Bewirtschaftung zu unterziehen, das übrige Obst aber freizugeben. — Von anderer Seite wurde auf die Marmeladefabrikation hingewiesen, die viel Mühsamkeit in weiteste Kreise getragen habe. Man solle das Obst und den Zucker den Hausaltungen direkt zukommen lassen, dann werde auch die Marmelade — und zwar die hausgemachte Marmelade — wieder zu Ehren kommen.

Auch die weitere Aussprache ergab lebhafteste Meinungsverschiedenheiten der Versammlung bezüglich der Notwendigkeit der öffentlichen Bewirtschaftung des Obstes. Es wurde hervorgehoben, daß bei Aufrechterhaltung der bisherigen starken Einschränkungen sich gewissermaßen jeder Obst hantieren tue wohl jeder, der dazu in der Lage sei. Oberamtmann Rein schlug vor, den Einkauf des Obstes den Bedarfsstädten zu übertragen, die sich des Handels als Vermittler bedienen könnten. — Von Seiten eines Vertreters der Marmeladefabriken wurde die Behauptung aufgestellt, daß die Hausaltungen gar nicht in der Lage wären, eine bessere Marmelade herzustellen, wie die Fabriken, welche Behauptung auf lebhaftes "Ob!" stieß.

Antwortend Geh. Rat Levinger-Überlingen betonte, daß den Behörden die autoritative Mäßigkeit fehle, die Zwangsbeziehung des Obstes durchzuführen. Zufrieden werde damit weder der Verkäufer noch der Konsument sein. Ein Mitglied des Badischen Obstgroßhandels sprach seine Erfahrung dahin aus, daß bei Aufhebung der Zwangsbeziehung die Preise

Romno, und diese konnten sich rechtzeitig in Sicherheit bringen. Bei der schließlich erfolgten Einnahme von Königsberg durch Regierungstruppen wurden Borten und die Mitglieder des Königsberger S.-Rates, die Borten unterstützt haben, verhaftet. Es gelang, bei dem Offizier Schriftstücke zu beschlagnahmen, aus denen die Schuld der Beteiligten klar hervorgeht. Borten war so unvorsichtig, auch die Korrespondenz mit den Bolschewisten aufzubewahren, aus der hervorgeht, daß Borten mit Hilfe des Königsberger A. und S.-Rates die Stadt Romno den Bolschewisten übergeben wollte.

Der Erfinder des Porzellans.

Am 200. Todestag von Joh. Frdr. Böttger am 13. März.

Von Dr. Alfred Keller.

Unter allen Erfinderschicksalen der früheren Zeit ist das Joh. Frdr. Böttgers vielleicht das eigenartigste. Es wäre uns auch dann überliebert worden, wenn sein Träger das Porzellan nicht erfunden hätte. Auch dann hätte das Geheimnis des "Monsieur Schröder", des "Herrn de Wittenberg", des "Bourgeois" und der "Person", wie Böttger in dem ziemlich ausgebreiteten Briefwechsel König August II. von Sachsen abwechselnd genannt wird, erloscht werden müssen, auch dann hätte man dem großen Geheimnisvollen nachspüren, dem aus der königlichen Privatbibliothek so kostliche Summen ausgeflohen sind. Und wenn sich die Lokalgeschichte seiner nicht angenommen hätte, so würde es die Geschichte der Geheimwissenschaften vornehmlich die der Alchemie, getan haben. Denn auch auf diesem düsteren Gebiet hat Böttger keine Spuren hinterlassen. Er spielt zweimal in die Geschichte des rätselhaften griechischen Wundermannes Kastaris hinein, der — ein Vorläufer Cagliostro's — als angeblicher Nachkommande des Koflers Hyllene das westliche Europa durchzerrte und Gaben für den Konstantinopel Besenener im Orient sammelte, es im übrigen als Goldmacher jedoch mehr auf die Massen leichtgläubiger Potientalen abgesehen hatte. Und schließlich ähnelt Böttgers Schicksale auch denen zweier anderer bekannter Männer. Mit dem bekannten Udenleurer Freiherrn p. d. Trent tritt er die lange Haft auf schifflichen Festungen, mit Berthold Schwarz, dem angeblichen Erfinder des Schießpulvers, die Eigentümlichkeit, daß ihm von der Nachwelt kein Anrecht auf seine Erfindung abgesprochen wurde. Nach der Ansicht einiger neuerer Forscher soll nämlich nicht er, sondern sein Lehrer, Graf Ehrenfried Walter von Tschirnhausen, das Porzellan erfunden haben. Aber es handelt sich hier wohl um eine Parallele zur Schalepierre-Bacon-Hypothese, so daß wir diese ungeklärte Streitfrage mit Zug und Recht auf sich beruhen lassen können.

Denn wir besitzen — im Gegensatz zur Bacon-Theorie genügend Quellen, die Böttger als den wirklichen Erfinder des Porzellans bezeugen. Aus ihnen erhält man folgendes Bild des seltsamen Mannes:

überbietung derart sein werde, daß der Minderbemittelte überhaupt nichts bekommen werde.

Dr. Schmidt-Mannheim bezeichnete es als Unfug, Anordnungen noch mehr verschärfen zu wollen, die man in ihrem heutigen Zustand durchzuführen schon nicht die Macht habe. Man dürfe allerdings einige Obstsorten der Zwangsbeziehung unterziehen und auch diese nur in den großen Ueberflußgebieten.

Direktor Braudits vom Nahrungsmittellamt Karlsruhe stellte sich demgegenüber auf den Standpunkt der öffentlichen Bewirtschaftung ohne jede Einschränkung und ohne gemischtes System.

In einem Schlußwort hierzu bemerkte Geh. Rat Cron, daß er bei der Handelskammer Schritte eingeleitet habe, um einen Zusammenschluß des Handels möglichst unter Ausscheidung unläuterer Elemente herbeizuführen. Durch einen solchen Zusammenschluß würden sich wesentliche Verbesserungen erzielen lassen. Ob sich die Zwangsbeziehung über gar eine Verschärfung der bisher geltenden Normen, praktisch überhaupt durchführen lasse, sei mehr als zweifelhaft.

Bei der Abstimmung über die einzelnen Vorschläge ergab sich eine starke Majorität für die Zwangsbeziehung der öffentlichen Bewirtschaftung des Obstes in der bisherigen Weise ohne neuerliche Verschärfung.

Nach kurzen Darlegungen des Geh. Rat Schneider, der sich bei der Durchführung der beschlossenen Maßnahmen weitestgehende Unterstützung aller Kreise erbat, wurde sodann kurz vor 1/2 Uhr die Weiterberatung, die sich mit der Gemüseversorgung zu befassen hat, auf nachmittags 3 Uhr vertagt.

Die weibl. Büroangestellten und die Erwerbslosen.

Karlsruhe, 12. März. Wir werden um Aufnahme der nachstehenden Ausführungen ersucht:

Der kaufm. Verein für weibl. Angestellte hat sich in seiner Hauptversammlung am 7. März mit einem in der Tagesordnung erschienenen Artikel "Die weibl. Büroangestellten u. d. Erwerbslosen" von Rich. Krüger befaßt und gegen die darin enthaltenen scharfen Angriffe gegen die Beschäftigung der kaufm. weibl. Angestellten in nachstehender Entschliessung protestiert:

Gegen die Vorwürfe gegen die weibl. Angestellten muß, weil sie haltlos sind, entschieden Einspruch erhoben werden. Die organisierten weibl. Angestellten haben schon längst bei den Behörden und der Handelskammer die Forderung erhoben, daß alle diejenigen, die während des Krieges aus einem anderen Berufe in den Bürobereich übergingen und ebenso alle diejenigen die nicht genügend vorbereitet sind, aus den Büros entfernt werden. Als eine Ehrenpflicht sehen wir es an, daß alle Frauen, die nicht auf Verdienst angewiesen sind und nur gegen geringe Entlohnung arbeiten, um sich ein Taschengeld zu verdienen und deshalb als Preisdrücker zu gelten haben, den Kriegsteilnehmern Platz machen.

Das völlige Ausschalten der Frauen aus Handel und Gewerbe ist aber, abgesehen von der Ungerechtigkeit gegen die Frauen, auch schon deshalb unmöglich, weil die Männer die meistens von den Frauen ausgeführten Arbeiten, nämlich stenographieren und Maschinenschriften, oft nicht übernehmen wollen und auch manchmal nicht übernehmen können. Barmahung muß dagegen eingeleitet werden, daß den Töchtern von Vätern bestimmter Berufsstände das Recht auf Arbeit in Büros abgesprochen wird. Gerade die von Herrn Krüger genannten Berufsstände befanden sich früher und ganz besonders während des Krieges, in schwerer finanzieller Notlage, ihre Lage hat sich inzwischen in den meisten Fällen nicht gebessert.

Schmerzlich berührt es auch, daß man den weibl. Angestellten an Stelle der Arbeit die Erwerbslosenfürsorge empfiehlt. Wer arbeiten will und wer Arbeit hat, den lasse man arbeiten. Jede arbeitstüchtige Frau muß ebenso wie der Mann das Recht auf freie Wahl ihrer beruflichen Tätigkeit haben. Die Revolution hat uns die politische Gleichberechtigung mit dem Manne gebracht, was nicht es, wenn man ihr auf der anderen Seite die Arbeitsberechtigung nimmt.

Der Verein kaufm. weibl. Angestellter bebauert außerordentlich, daß die Regierung dem schon vor Jahresfrist gestellten Antrage, den nachprüfung in den wirtsch. und Privathandelskreisen, zu Steuern, nicht stattgegeben hat.

S. Frey, 1. Vorsitzende.

Forman gegen Schnupfen. Desinfiziert Nase und Rachen. Verhütet Ansteckung! Dose 50 Pfg.

Böttger wurde am 4. Februar 1682 zu Saschwitz im Vogtlande als Sohn eines Angestellten der dortigen Münze geboren. Mit 12 Jahren kommt er als Apothekenlehrling nach Berlin. Die Goldmacherkunst löst ihn bald in ihren magischen Bann. Doch wird ihm erst die zufällige Bekanntschaft mit Kastaris zum Verhängnis. Böttger wird auf ihn und seine schwarzen Künste aufmerksam. Die Obrigkeit greift nach ihm, doch gelingt es ihm, noch rechtzeitig nach Wittenberg zu entkommen. Sodann lehnt das preussische Auslieferungsgesetz ab, da es den wertvollen Vogel für sich behalten will. Böttger wird nach Dresden gebracht und streng bewacht. Er soll die erschöpfte Königin Auguste II. wieder füllen helfen. Boretz aber schöpft er im Verlaufe mehrerer Jahre um 40 000 Taler, ohne auch nur das Geringste geleistet zu haben. Mit Ausreden aller Art sucht er den Probe aufs Exempel hinauszuschieben. Bald ist er ihm in Dresden zu eng; er wird nach Königslein gebracht. Bald limitiert er den Geldbesitzer; er kommt nach Dresden zurück. Dann wieder schmeißt er die Zuchtpläne. Er wandert dafür nach Sonnenstein, noch drei Meilen weiter abwärts und wieder nach Königslein. Kastaris bemerkt zum zweitenmal an ihm heran und läßt den König achtmahnterztausend Dukaten für die Freilassung Böttgers bieten. Das schätzte der König jedoch nur in seiner Anstalt, daß er in Böttger einen wertvollen Goldler erwirbt habe. Trotz der strengen Bewachung gelang es Böttger vom Königslein zu entweichen. Er kommt bis Ems in Oesterreich, wird aufgefangen und nach Dresden zurückgeführt. Er sieht scheint die königliche Geldbörse zu Ende zu gehen. Böttger soll das verprochene Gold schaffen. Er gesteht schließlich in einem Schreiben an den König, daß er kein Adept ist.

Aber er versucht es doch wieder. Der Freund seines Lebens walters Fürstberg, der bereits erwachte Tschirnhausen, bringt ihm was Ordnung in seine naturwissenschaftlichen Kenntnisse. Böttger wird "ingiert" nach dem Rezept der sog. mephitischen Tafel, indem er alles mögliche durcheinander löst. 1707 bildet sich dabei zufällig ein braunes Zaspisporzellan, dem sich kurze Zeit darauf das weiße Porzellan anschließt. Der König ist entzückt. Porzellan ist ihm ein neues Gold wie Gold, hat er doch selbst für sinesische und japanische Zeugnisse hohe Art Millionen ausgegeben. In Weissen wird die Fabrik errichtet. Ihr Betrieb steigt in kurzer Zeit auf über 200 000 Taler. Trotzdem wird Böttger zunächst nicht freigelassen. Das Porzellan geheimnis würde für Sachsen verloren gehen. Aber der König zieht ihn in seine nächste Umgebung, belohnt ihn mit einem Ring, einem Bären, zwei Affen und eröffnet ihm unbeschränkten Kredit bei dem Hofjuden Meyer. Die Porzellanstadt darf er selbst verwalten. Böttger erlöst seine Auslieferung in Tausch und Liebe und wohl auch wegen der überhandnehmenden Leiden der Hofmättern, am 13. März 1719 stirbt er in Dresden. Seine Erfindung aber, die ihm zufällig gemacht war, wurde eine wirtschaftliche und kulturelle Kraft des deutschen Landes.















Freiwillige Liegenschafts-Versteigerung.

Die Erben der verstorbenen Frau Dr. Oskar Frey...

Grundstücks-Versteigerung.

Am Samstag, den 29. März 1919, nachmittags 3 Uhr...

Schwangs-Versteigerung.

Am Freitag, den 14. März 1919, nachm. 2 Uhr...

Am Antrag des Notars...

Am Freitag, den 14. März 1919, vorm. 10 Uhr...

Am Freitag, den 14. März 1919, vorm. 10 Uhr...

Am Freitag, den 14. März 1919, vorm. 10 Uhr...

Am Freitag, den 14. März 1919, vorm. 10 Uhr...

Am Freitag, den 14. März 1919, vorm. 10 Uhr...

Am Freitag, den 14. März 1919, vorm. 10 Uhr...

Am Freitag, den 14. März 1919, vorm. 10 Uhr...

Am Freitag, den 14. März 1919, vorm. 10 Uhr...

Am Freitag, den 14. März 1919, vorm. 10 Uhr...

Am Freitag, den 14. März 1919, vorm. 10 Uhr...

Am Freitag, den 14. März 1919, vorm. 10 Uhr...

Am Freitag, den 14. März 1919, vorm. 10 Uhr...

Am Freitag, den 14. März 1919, vorm. 10 Uhr...

Am Freitag, den 14. März 1919, vorm. 10 Uhr...

Am Freitag, den 14. März 1919, vorm. 10 Uhr...

Endtermin zum Umtausch von Entlassungszügen.

Es werden sich die Fälle, in denen entlassene Mannschaften...

Wirtschaftsverordnung.

Der Betrieb der Wirtschaft in den Gemeinden...

Versteigerung von Gewehren u. Rehgehörnen.

Das Großh. Doffort u. Jacobi...

Umzüge.

mit Möbelwagen od. Rollen, hier und nach auswärts...

Flügel - Pianos Harmoniums.

von Lipp, Feurich, Hörügel, in schöner Auswahl...

Odeon - Musikhaus.

Karlsruhe, Kaiserstr. 175. Telefon 339. Nudichte und überdachte Wasserbahnen.

Wie die Saat, so die Ernte!

Saaten frischer Ernte, hochkeimfähig, nur von allerersten...

Achtung! Fleckfieber!

Einzig wirklicher Schutz vor MORTOL...

Unterwindfeuerungen und Koksbrecher.

Maschinenfabrik Louis Nagel, Karlsruhe-Mühlburg.

Rein Kohlenmangel!

im Klein- oder Großbetrieb bei Aufstellung von 2778a.

Stotterer.

erhält, gratis meine Probeblätter über die Vorteile...

Thermalbad Krozingen.

Heisse Quelle, reich an Kohlensäure. Erstes Herzheilbad Badens.

Berrissene Strümpfe und Socken.

werden wieder wie neu hergerichtet. Lieferzeit 8 Tage.

Möbelhaus Gebr. Kapper.

Ecke Kaiser- u. Douglasstr. (Hauptpost). Komplette gut bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen.

Ein Posten gebrauchte, wasserdichte Wagen-Decken.

billig abgegeben. Kaiserstr. 133. 1 Treppen hoch.

Altes Gold u. Silber Brillanten.

kauft zu höchst. Preisen. J. Heerbach, Badenerstr. 23.

Ein unter meiner alten Telefon-Nummer 935.

wieder angeschloßen. Joh. Leibrich, J. Heerbach, Badenerstr. 23.

Buchenholz, Tannen- und Forlenholz.

gesägt und gespalten, für Gewerbe und Industrie, sowie für Hausbrand...

Carl Finkelstein.

Holz- und Kohlenhandlung - Bündelholzfabrik. Rappurstr. 8.

Platz mit Gleisanschluss.

zu pachten oder kaufen gesucht. Angebote mit Lage, Größe, Preis...

Niederlassungsplatz.

frucht lichter, bestens empfohlener Dentist in kleiner oder mittlerer Stadt...

Beteiligung gesucht.

Sieheiger Kaufmann (Christ) sucht sich an einem bestehenden und gut gehenden Geschäft...

15000 Mk. gegen gute Sicherheit.

Gemüthlichkeitsgeschäft nur von Selbstthätiger gesucht.

Wer hat Interesse.

und genügend trocken Holz für Anfertigung und Lieferung von einigen 100 Diplomat-Schreibstiften.

Thermalbad Krozingen. Heisse Quelle, reich an Kohlensäure. Erstes Herzheilbad Badens.

Berrissene Strümpfe und Socken. werden wieder wie neu hergerichtet. Lieferzeit 8 Tage.

Möbelhaus Gebr. Kapper. Ecke Kaiser- u. Douglasstr. (Hauptpost). Komplette gut bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen.

Ein Posten gebrauchte, wasserdichte Wagen-Decken. billig abgegeben. Kaiserstr. 133.

Altes Gold u. Silber Brillanten. kauft zu höchst. Preisen. J. Heerbach, Badenerstr. 23.

Buchenholz, Tannen- und Forlenholz. gesägt und gespalten, für Gewerbe und Industrie.

Carl Finkelstein. Holz- und Kohlenhandlung - Bündelholzfabrik. Rappurstr. 8.

Platz mit Gleisanschluss. zu pachten oder kaufen gesucht. Angebote mit Lage, Größe, Preis...

Niederlassungsplatz. frucht lichter, bestens empfohlener Dentist in kleiner oder mittlerer Stadt...

Beteiligung gesucht. Sieheiger Kaufmann (Christ) sucht sich an einem bestehenden und gut gehenden Geschäft...

15000 Mk. gegen gute Sicherheit. Gemüthlichkeitsgeschäft nur von Selbstthätiger gesucht.

Wer hat Interesse. und genügend trocken Holz für Anfertigung und Lieferung von einigen 100 Diplomat-Schreibstiften.

Private-Auskünfte. Ermittlungen jeder Art. auf alle Richt. durch Auskunfts-Helferinnen.